



SYMBOLFOTO: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH/DPA

In der jüngsten Hauptausschuss-Sitzung berichtete Oberbürgermeister Dico Radenschieer

Flüchtlinge in Schwerin

Land will Pläne für Unterkunft in Görries prüfen

Von Christian Koepke | 01.03.2023, 20:46 Uhr

Gegen das Vorhaben des Landes, in einem weiteren Gebäude an der Baustraße in Görries eine Flüchtlingsunterkunft einzurichten, habe die Stadt Schwerin brandschutzrechtliche Bedenken, bestätigte das Innenministerium. Die Pläne würden deshalb noch einmal überdacht.

Nun hat das Land seine Sicht zum Projekt der Flüchtlingsunterkunft in Görries dargelegt. Grundaussage: Die Pläne werden noch einmal überdacht. Nach einer Begehung der betreffenden Immobilie an der Baustraße gebe es bei der Stadt Bedenken hinsichtlich des Brandschutzes, die das Land sehr ernst nehme, erklärte die Sprecherin des Innenministeriums, Renate Gundlach. „Das Landesamt für innere Verwaltung wird in Abstimmung mit dem Vermieter diese Bedenken prüfen und binnen 14 Tagen Stellung dazu beziehen.“

Weiterlesen: Land will Unterkunft für Ukrainer – Stadt lehnt Bauantrag ab

In der Hauptausschuss-Sitzung am Dienstag hatte Oberbürgermeister Rico Badenschier (SPD) über die Absicht des Landes berichtet, in einem weiteren Gebäude in der Baustraße in Görries eine Unterkunft mit 450 Plätzen für Geflüchtete aus der Ukraine zu schaffen. Laut OB hat ein privater Betreiber im Auftrag des Landes einen Bauantrag zum Umbau des Hauses gestellt. Die Stadt habe aber signalisiert, dass sie diesen Antrag nicht genehmigen werde. Daraufhin wolle sich das Land von dem Vorhaben zurückziehen, so Badenschier.

Nutzung als Wohnaußenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung

Laut Ministeriumssprecherin Gundlach nutzt das Land ein Objekt auf dem Gelände an der Baustraße schon jetzt als Wohnaußenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung in Stern Buchholz für bis 80 Personen. Darüber hinaus könnten am Standort bis zu 60 ukrainische Kriegsflüchtlinge kurzfristig untergebracht werden, bis sie nach maximal sieben Tagen auf die Kommunen verteilt würden. Bei den aktuellen Plänen des Landes gehe es ausdrücklich nicht um eine Erweiterung der Erstaufnahmestelle, sondern um die Herrichtung einer Notunterkunft, um im Bedarfsfall mehr Platz für die vorübergehende Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine zu haben, die ja kein Asylverfahren durchlaufen müssten, so Gundlach.



Das ehemalige Firmengelände in der Baustraße, das das Land schon jetzt für die Unterbringung von Flüchtlingen nutzt FOTO: CHRISTIAN KOEPKE

Weil es sich um ein „Wohnen im Industriegebiet“ handeln würde, könne die Stadt dem neuen Bauantrag nicht zustimmen, hatte Oberbürgermeister Badenschier am Dienstag erläutert, dabei auch auf Brandschutz-Bedenken verwiesen. Kurzzeitige Unterkunftsmöglichkeiten für etwa 150 Personen habe die Stadt vor Ort aber zugestanden, als vor einem Jahr auch die Registrierungsstelle des Landes für ukrainische Flüchtlinge auf das Grundstück an der Baustraße gezogen war, so der OB.

Ortsbeirat Görries fühlt sich von Verwaltung übergangen

Kritik kommt unterdessen vom Ortsbeirat Görries. Der Beirat fühle sich beim Thema Flüchtlingsunterkunft von der Verwaltung übergangen, sagte Vorsitzender Ralf Klein (CDU). Schon in der Januar-Sitzung des Ortsbeirates habe es erste Fragen von Bürgern gegeben, aus dem Stadthaus seien aber bis zur Februar-Sitzung keine Antworten gekommen. In diesem Monat will Klein nun die

neue Sozialdezernentin Martina Trauth (Linke) zur Sitzung des Ortsbeirats einladen.

Weiterlesen: Stadt bereitet Ausschreibung für zweite Gemeinschaftsunterkunft vor